

CVP sagt deutlich Nein zur SVP-Initiative

NIDWALDEN Die CVP will nichts wissen von der Fremdspracheninitiative der SVP. Die Sprachenfrage rufe nach einer Koordination zwischen den Kantonen.

Das Resultat am Donnerstagabend war deutlich. Mit 52 Stimmen beschlossen die Delegierten der CVP Nidwalden die Nein-Parole zur kantonalen Fremdspracheninitiative. Dem stand eine Enthaltung gegenüber. Armin Odermatt, SVP, aus Büren präsentierte der Versammlung im Gemeindesaal Ennetbürgen die Sicht seiner Partei. Er zeigte die Geschichte des Fremdsprachenunterrichts auf der Primarstufe in Nidwalden auf und wies darauf hin, dass auch in zahlreichen anderen Kantonen Bestrebungen in Richtung nur eine Fremdsprache gingen. Die Primarschule sei überladen mit zwei Fremdsprachen, die Fähigkeiten in Deutsch und Mathematik - für ihn ein wichtiges Fundament - würden leiden. Die Nidwaldner Bevölkerung solle vor der geplanten Einführung des Lehrplans 21 Gelegenheit haben, zu dieser Frage Stellung nehmen zu können.

«Kein akuter Handlungsbedarf»

Der Stanser Landrat Hans-Peter Zimmermann vertrat die Kontra-Position zum Volksbegehren. Er war der Meinung, die Initiative solle die Diskussion anregen, und es gelte die unterschiedlichen Standpunkte ernst zu nehmen.

«Nidwalden hat keinen akuten Handlungsbedarf, zum jetzigen Zeitpunkt eine solche Abstimmung durchzuführen», sagte Zimmermann. Die Initiative sei abzulehnen. Ein vorschneller Entscheid führe zu einem Alleingang. Inhaltlich sei die Vorlage nicht geklärt. «Welche Sprache zu welchem Zeitpunkt unterrichtet werden soll, ist nicht geklärt», so Zimmermann. Diese Klärung müsste seiner Meinung nach vor einer Abstimmung geschehen. Der Bildungsdirektor solle den Auftrag erhalten, die Sprachen-

frage mit den Zentralschweizer Kantonen oder mit allen Deutschschweizer Kantonen zu koordinieren. Wichtig sei dabei auch, dass die Lehrpersonen und die Schulverantwortlichen in den Gemeinden einbezogen würden.

Klares Ja zur CVP-Initiative

Ein Heimspiel hatte der Bündner CVP-Nationalrat Martin Candinas. Er stellte die parteieigene Initiative «Familien stärken! Steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» vor. Es könne nicht sein, dass Familien bei den Steuern in eine höhere Progression gerieten, nur weil sie die entsprechenden Zulagen erhalten würden. Wenn man schon Unternehmen steuerlich entlaste, solle man auch etwas für die Familie tun. Die CVP-Delegierten beschlossen mit 52 Ja und einer Enthaltung die Ja-Parole.

Die Volksinitiative «Energie- statt Mehrwertsteuer» würde untere und mittlere Einkommen stärker belasten, sagte der Hergiswiler CVP-Landrat Martin Blättler. Er referierte über das Volksbegehren der Grünliberalen, das die Mehrwertsteuer abschaffen und durch eine Steuer auf nicht erneuerbaren Energieträgern ersetzen will. Zudem beinhalte die

Initiative einen Konstruktionsfehler. Denn je energieeffizienter und ökologischer sich die Bevölkerung verhalte, umso höher müsse die Steuer werden. Die Nein-Parole war mit 53 Stimmen eine klare Sache.

Chancen für Ständerat intakt

Zum Schluss der Versammlung ging Kantonalpräsidentin Therese Rotzer auch noch auf ihre Kandidatur für den Ständerat ein. Sie habe sich dazu entschlossen, nachdem sie zur Überzeugung gelangt sei, dass sie die notwendigen Voraussetzungen für dieses Amt erfülle. Die Chancen für die Verteidigung des Sitzes seien durchaus intakt, sagte sie. «Der Erfolg hängt aber nicht nur von mir, sondern von der ganzen CVP ab.» Es brauche den Einsatz der ganzen Partei. Die CVP entscheidet am 24. April über Rotzers Nomination.

MARTIN UEBELHART
martin.uebelhart@nidwaldnerzeitung.ch



«Welche Sprache zu welchem Zeitpunkt unterrichtet werden soll, ist nicht geklärt.»

HANS-PETER ZIMMERMANN,
LANDRAT CVP, STANS

Nun
Nidwalden
Im Aug.
7. 2. 2015

Nidwalden Zeitung, 7.2.2015

Hitzige Diskussion um Fremdsprachen-Frage

NIDWALDEN Französisch soll in der Primarschule bleiben. Die FDP lehnt die Initiative der SVP ab. Aber nicht diskussionslos.

MATTHIAS PIAZZA
matthias.piazza@nidwaldnerzeitung.ch

Mit 32 zu 10 Stimmen verwarfen die rund 50 anwesenden Mitglieder der FDP Nidwalden am Donnerstagabend die kantonale Volksinitiative zur Teilrevision des Volksschulgesetzes. Das von der SVP lancierte Begehren will unter anderem nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule. Das würde wohl bedeuten, dass Französisch nicht mehr ab der fünften Primarklasse, sondern erst in der Orientierungsstufe unterrichtet wird. Englisch würde wie bisher in der dritten Primarklasse starten. Die Regierung empfiehlt, die Initiative am 8. März anzunehmen, der Landrat spricht sich klar für ein Nein aus.

Die FDP diskutierte die Fremdspracheninitiative ausgiebig. Zu Beginn sprach sich Lea Lowth-Stöckli, Präsidentin des Nidwaldner Lehrerinnen- und Lehrerverbands (LVN), gegen die «Verbannung» von Französisch aus und warnte vor einem Al-

leingang. «Es muss mindestens eine zentralschweizerische oder noch besser eine deutschschweizerisch koordinierte und harmonisierte Lösung geben.» Auch befürchtet sie bei einem Ja zur Initiative eine weitere Umstellung in wenigen Jahren, da der Dachverband der Schweizer Lehrer und Bundesrat Alain Berset eine Landessprache forderten, falls nur noch eine Fremdsprache in der Primarschule unterrichtet werde. Zudem würden Probleme verschoben. «Die Pubertät ist ein ungünstiger Zeitpunkt, um

«Es muss mindestens eine zentral-schweizerische Lösung geben.»

LEA LOWTH-STÖCKLI,
PRÄSIDENTIN LEHRERVERBAND

mit dem Französisch zu starten. Und mehr Französischlektionen in der Orientierungsstufe sind vor allem für sprachschwache Schüler frustrierend.» Darum hätten sich die Nidwaldner Lehrpersonen gegen einen Schnellschuss ausgesprochen.

Gegen Insellösung

Das Plädoyer führte in der Versammlung zu angeregten Diskussionen. «Wol-

len wir wirklich eine Insellösung?», fragte jemand rhetorisch. Man solle sich bitte mit anderen Kantonen absprechen. Rechnen, lesen und schreiben zu können bringe mehr, als zu wissen, wie man auf Französisch eine Briefmarke kaufe, hielt ein anderer Redner entgegen. «Wenn man den Lektionenfächer derart weit öffnet, hat man keine Gelegenheit, überall eine gewisse Tiefe zu erreichen.»

Defizite in Rechnen und Deutsch

FDP-Regierungsrätin Yvonne von Deschwanden gab sich schwer überzeugt, dass Nidwalden mit der Initiative den richtigen Weg beschreitet. Damit stärke man die übrigen Fächer, was einem Wunsch des Gewerbes entspreche, welches sich immer wieder beklage, dass die Schüler Rechnen und Deutsch nicht mehr beherrschten.

Parteipräsident Ruedi Waser bekundete Mühe mit derartigen Schwarz-Weiss-Aussagen und hielt fest, dass die Zahl der Lehrabbrüche in den vergangenen Jahren nicht zugenommen habe und entsprechend diese Aussage nichts als eine Behauptung sei. Die Schüler könnten die erheblich erhöhten Anforderungen in verschiedenen Berufen erfüllen. Also könne der aktuelle Unterricht nicht so schlecht sein.

Einstimmig lehnte die FDP Nidwalden die beiden nationalen Volksinitiativen «Energie- statt Mehrwertsteuer» und die Familieninitiative der CVP ab. Damit folgt sie der nationalen Partei.

Ein klares Nein zur SVP-Initiative

NIDWALDEN pd/red. Die Fremdspracheninitiative der SVP hatte an der Mitgliederversammlung der Grünen Nidwalden einen schweren Stand. Die Partei beschloss einstimmig, die kantonale Initiative abzulehnen, die künftig auf der Primarschulstufe nur noch eine Fremdsprache fordert, heisst es in einer Mitteilung. Regula Wyss, grüne Landrätin aus Stans, bestätigte zwar, dass die heutige Regelung des Sprachenunterrichts auf der Primarstufe nicht das Gelbe vom Ei sei, daher könne man durchaus über eine Neuregelung diskutieren. Dass dies aber bereits vor Bekanntgabe der Ergebnisse aus der Evaluation der Zentralschweizer Bildungsdirektorenkonferenz geschieht, empfinde sie als Affront gegenüber der Stimmbevölkerung. «Beim Fremdsprachenunterricht soll die Zusammenarbeit mit den umliegenden Kantonen gesucht und gefördert werden. Es gibt keinen Grund, warum der Kanton Nidwalden in dieser Frage vorpreschen soll.» Eine Annahme der Initiative würde Nidwalden zu einer Insellösung machen, was niemandem dienen würde.

Einstimmig für Energiesteuer

Die CVP-Initiative «Familien stärken – steuerfreie Kinder- und Ausbildungszulagen» lehnen die Grünen Nidwalden ebenfalls ab. Was gut töne, sei nicht Ausdruck einer sozialen Familienpolitik. Nur einkommensstarke Familien würden von einer Steuerbefreiung profitieren, schreibt die Partei zur eidgenössischen Vorlage. Zudem würden die Initianten nicht aufzeigen, wie zu erwartende Steuerausfälle kompensiert werden könnten.

Die nationale Initiative «Energie statt Mehrwertsteuer» wurde von den Grünen Nidwalden einstimmig befürwortet. Mit einer Energiesteuer lasse sich die Energieeffizienz erhöhen, erneuerbare Energien fördern und den CO₂-Ausstoss massiv reduzieren. Durch die Ersetzung der Mehrwertsteuer gebe es insgesamt keine zusätzliche Steuerbelastung. Wer sich umweltfreundlich verhalte, zahle weniger.

Nidwalden
7.2.2015
Bibby